

# Erklärung

des Bundesausschusses der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands

Mainz, Erbacher Hof, 25. Oktober 2009

zum Koalitionsvertrag CDU/CSU und FDP „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“

## **Koalitionsvertrag: Katalog der Grausamkeiten**

### **KAB: Rettet die soziale Marktwirtschaft!**

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP wird die „Politik der Spaltung“ verschärfen. Statt mehr soziale Gerechtigkeit als Ziel des politischen Handelns der Regierung in den nächsten Jahren festzuschreiben, wartet der Koalitionsvertrag mit einem Katalog von Grausamkeiten auf, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und vor allem Arbeitssuchende stärker belasten wird als bisher.

Den angekündigten Steuerentlastungen stehen etwa Mehrbelastungen gegenüber, die die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft vertiefen und damit die Umverteilung von unten nach oben verschärfen. Die Einführung eines Stufentarifs statt einer durchgängig progressiven Besteuerung aller Einkunftsarten führt selbst bei Entlastungen unterer Einkommensgruppen zu überproportionalen Steuerersparnissen der oberen Einkommenschichten. Zudem ist eine Verteilungspolitik mittels Steuern unfähig, die Hälfte der Bevölkerung besser zu stellen, die bisher keine Steuer zahlt und dringend auf Unterstützung angewiesen ist, um nicht endgültig abgehängt zu werden.

Das wirtschaftliche Leitbild soll laut Koalitionsvertrag die Soziale Marktwirtschaft sein. Dieses wird einseitig neoliberal besetzt. Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört für die KAB unabdingbar ein gesetzlicher Mindestlohn. Betriebe dürfen sich durch schlecht bezahlte Erwerbsarbeit nicht länger Wettbewerbsvorteile gegenüber solchen Betrieben verschaffen, die tarifvertragliche und existenzsichernde Löhne zahlen. Ein gesetzlich geregelter Mindestlohn hilft, diese Wettbewerbsverzerrung und die Absenkung des Lohnniveaus auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verhindern. Die KAB hält es für einen Skandal, dass der Koalitionsvertrag alle Türen in diese Richtung zustößt, da kategorisch ein gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt wird. Bestehende Mindestlohnregelungen sollen zudem noch zur Disposition gestellt werden.

Angesichts der weiterhin verheerenden Weltwirtschaftskrise, die die Armut und den Hunger in der Welt in einem unerträglichen Maße ansteigen lässt, will die Bundesregierung mit einer „Ausstiegs-Strategie“ beginnen und den Rückzug des Staates als Regulierungsinstanz vorantreiben. Damit werden gerade die Kräfte wieder in Kraft gesetzt, die für die Krise verantwortlich sind und von dieser weiterhin profitieren. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist Ausdruck einer Systemkrise, die nicht weniger, sondern mehr an staatlichem Handeln erfordert. Wer jetzt den Rückzug des Staates ein-

leitet, öffnet der nächsten tiefgreifenden Krise Tür und Tor, die uns alle treffen wird. Darüber hinaus wird die Einführung einer „Schuldenbremse“ (Ausgaben müssen unterhalb des Wachstums des realen Bruttoinlandsproduktes sein) die notwendige Handlungsfähigkeit des Staates in Krisen ad ab surdum führen. Im Endeffekt führt der Rückzug des Staates zur Aufgabe der Sozialen Marktwirtschaft. Was auf der einen Seite als Leitbild ausgegeben wird, wird auf der anderen durch die wirtschaftspolitischen Strategien ins Gegenteil verkehrt.

In dieser Linie liegt auch, dass der Koalitionsvertrag ordnungspolitisch das gesetzliche Sozialversicherungssystem immer mehr privatisiert und damit zerschlägt. Damit wird auf lange Frist die solidarische Finanzierung, etwa der Risiken von Gesundheit und Pflege, endgültig ausgehebelt. So werden nach den Vorstellungen der Regierung die Sozialabgaben nicht mehr paritätisch erhoben. Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren. Ein einkommensunabhängiger Arbeitnehmerbeitrag, der nichts anderes als eine „Kopfpauschale“ bedeutet, führt zu massiven verteilungspolitischen Konsequenzen und lässt die Menschen in einer überwiegenden Mehrheit zu Transferempfängern werden, die damit staatlich-politischer Willkür ausgesetzt sind.

Zudem soll das bisherige Gesundheitssystem stärker als bisher über den Markt organisiert werden. Vorgesehen ist, dass das „allgemeine Wettbewerbsrecht als Ordnungsrahmen grundsätzlich“ zur Anwendung kommen soll. Dies geht eindeutig zu Lasten der Schwachen, die ihre Risiken zum einen nicht abschätzen können und zum anderen eine adäquate Behandlung nicht mehr bezahlen können: Wer arm ist, muss früher sterben. Wer die menschliche Gesundheit dem Wettbewerb ausliefert, lässt den Mensch allein zum Investitionsgut und zum Spielball des Marktes werden. Das Ergebnis ist eine zementierte „Zwei-Klassen-Medizin“.

Die zukünftige Regierung will aus der Finanzkrise nicht lernen: nicht zuletzt waren die Pensionsfonds, d.h. die kapitalgedeckten Renten- und Pflegeversicherungen, mitverantwortlich für die weltweite Wirtschaftskrise. Statt nun das Umlageverfahren in der Pflegeversicherung zu stärken und die Arbeitgeber paritätisch an der Finanzierung zu beteiligen, überlässt sie die Absicherung der Pflege den Spekulanten. Für diese müssen die zukünftigen Generationen nun nicht nur ihre eigenen Einlagen, sondern auch die Kosten des kapitalgedeckten Verfahrens und die Gewinne der Kapitalgesellschaften erwirtschaften. Die Ergebnisse sind bekannt: Kapitaldeckung folgt dem Irrglauben, dass die demographische Entwicklung diesen grundlegenden ordnungspolitischen Eingriff verlangt.

Als KAB begrüßen wir die Ankündigung, die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Alterssicherung nach finanziellen Möglichkeiten zu erweitern. Wir sehen dies als Schritt zur Umsetzung des Modells der solidarischen Alterssicherung der katholischen Verbände.

Die KAB nimmt die Ankündigung der Bundeskanzlerin zur Kenntnis, dass es keine grundlegenden Änderungen im Arbeitsrecht geben und die Kontinuität des deutschen Arbeitsrechts gewahrt bleiben soll.

Soziale Marktwirtschaft heißt: soziale Sicherheit für alle, sozialer Ausgleich und soziale Teilhabe. Die KAB wird die zukünftige Bundesregierung an der Verwirklichung dieser Ziele messen. Wir werden weiter für unsere besseren Konzepte streiten.

Einstimmig vom Bundesausschuss beschlossen (bei einer Enthaltung)